



Frei-



lung

des Großherzogthums Posen.

Druck und Verlag der Hof-Buchdruckerei von W. Decker & Comp. Verantwortlicher Redakteur: E. Hensel.

Inland.

Berlin, den 24. Juni. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Regierungs-Rath Freiherrn von Delsen zu Stettin bei der auf seinen Antrag ihm erteilten Dienstentlassung den Charakter als Geheimer Regierungs-Rath zu verleihen; und den Landgerichts-Rath Reichensperger zu Trier zum ständigen Kammer-Präsidenten bei dem Landgerichte in Köln zu ernennen.

Wir, Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u. verordnen auf den Antrag der zur Vereinbarung der Preussischen Verfassung berufenen Versammlung, nach Anhörung Unseres Staatsministeriums, was folgt:

Zum Schutze der zur Vereinbarung der Preussischen Verfassung berufenen Versammlung sollen nachstehende Bestimmungen sofort in Kraft treten: (S. 1.) Kein Mitglied der Versammlung kann für seine Abstimmungen oder für die von ihm in seiner Eigenschaft als Abgeordneter ausgesprochenen Worte und Meinungen in irgend einer Weise zur Rechenschaft gezogen werden. — (S. 2.) Kein Mitglied der Versammlung kann während der Dauer derselben ohne ihre Genehmigung wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Verantwortung gezogen oder verhaftet werden, außer, wenn es entweder bei der Ausübung der That oder binnen der nächsten 24 Stunden nach derselben ergriffen wird. Gleiche Genehmigung ist bei einer Verhaftung wegen Schulden nothwendig. — (S. 3.) Jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied der Versammlung und jede Haft wird für die Dauer der Sitzung aufgehoben, wenn die Versammlung es verlangt. Urkundlich unter Unserer Höchst eigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Insignel. Gegeben Sanssouci, den 23. Juni 1848.

Friedrich Wilhelm.

(contraf.) Camphausen. v. Auerswald. Bornemann. Hansemann. v. Patow. von Schreckenstein. von Schleinitz.

* Posen, 26. Juni. Die gestern Abend angekommenen Verhandlungen des Frankfurter Parlaments bringen endlich die Rede des Abgeordneten von Fraustadt, Hrn. Kerret in der Sitzung vom 5. Juni bei Debattirung der Frage wegen Zulassung der Posener Abgeordneten. Ein Frankfurter Correspondent der Allg. Ztg. hatte damals geschrieben, daß die Rede vielleicht die beste sei, die in der Versammlung bisher gesprochen worden ist, und alle deutschen Organe die moralische Verpflichtung hätten, sie wortgetreu wiederzugeben. Da unsere Verpflichtung hierzu gewiß die allergrößte ist, so genügen wir ihr, indem wir die gedachte Rede an der Spitze unsers Blattes abdrucken.

Der Central-Ausschuß für die Legitimationen hat in Bezug auf die Wahlen, die im Großherzogthum Posen, oder richtiger, in den Deutschen Theilen des Großherzogthums Posen geschehen sind, in formeller Hinsicht nichts einzuwenden gehabt, sondern nur auf eine Protestation hin der Abgeordneten des Polnischen Nationalkomite's, von denen wir nicht einmal wissen, ob sie als Abgeordnete der Polnischen Nation legitimirt sind, und dann auch noch in Beziehung auf zwei specielle Protestationen gegen zwei der Abgeordneten erklärt, daß die Posener Deputirten zwar vorläufig zugelassen seien, daß die endgiltige Entscheidung über die Wahlen aber ausgesetzt werden müsse, bis dahin, wo die Vorfrage entschieden sei. Ich wollte Sie ersuchen, diese Sache als eine dringliche zu betrachten und bald zur endlichen Entscheidung zu bringen. Wenn ich nicht irre, hat Herr Wen edey angedeutet, daß sich die Frage zur nächsten Entscheidung eignet, und in der That, meine Herren, es ist eine der dringlichsten Angelegenheiten, die Ihnen je vorgelegen hat, darum, weil sie mit dem unglücklichen Schicksal der Provinz auf das Engste verbunden ist. — So lange noch die Polen hoffen, — und sie hoffen darauf, und diese Hoffnung wird von vielen Seiten in unserer Mitte fort und fort genährt, — daß ihnen die 400,000 Deutschen Brüder zum Schlachtopfer hingegeben werden, so lange wird es keine Ruhe geben im Deutschen Theile des Großherzogthums, so lange kann keine Reorganisation in dem Polnischen Theile desselben in Vollzug gesetzt werden. Wenn aber die Deutsche Nationalversammlung die klare und Deutsche Erklärung giebt, daß sie nun und nimmermehr die 400,000 Deutschen einer fremden Nation zum Opfer überlasse, dann werden die Polen dort ihre Hoffnung fixiren, wo sie dieselben von Anfang an hätten fixiren sollen. In das Herz der Deutschen wird aber das Vertrauen zurückkehren, und die ganze Gestaltung der Verhältnisse wird eine andere, bessere werden. Darum, meine Herren, baldige, recht baldige Entscheidung über das Schicksal der Deutschen Bewohner des Großherzogthums! Ja, wenn selbst das Unmögliche geschähe, daß die Nationalversammlung beschlösse, sie hinzugeben an Polen und zu gebieten, sie sollten sich unter das Polnische Scepter beugen, so ist es doch jedenfalls besser, sie werden jetzt schon in Kenntniß gesetzt davon: daß ihnen, verlassen von ihren Deutschen Brüdern,

nichts übrig bleibt, als zu sterben für die Freiheit oder, besiegt, sich unter das Polnische Joch zu beugen; besser, als daß das Schwert des Damokles so lange noch über ihren Häuptern schwebt. Darum, meine Herren, bitte ich Sie, bringen Sie diese hochwichtige Frage so schnell als möglich zur Entscheidung. Ich stelle daher das Amendement, daß diese Angelegenheit nicht erst an den Ausschuß verwiesen werde, sondern daß die Nationalversammlung erklären möge: die Bestandsfrage der Posener Wahlen wegen einiger Polnischer Protestationen und Anträge habe keinen Grund, sie seien vielmehr durchaus als endgiltig anzuerkennen, darum weil die Deutschen Theile Posens mit Jug und Recht zu Deutschland gehören. Mit Jug und Recht gehören sie zu Deutschland, ich darf nur hinweisen auf Schleswig, um Ihnen dies klar und deutlich vor's Auge zu stellen. Schleswig ist aufgenommen worden. Ich frage Sie nun: Was für ein Unterschied ist zwischen diesem Land und Posen? Schleswig ist aufgenommen als Deutsches Land. Posen hat allerdings lange Zeit nicht zu Deutschland gehört, aber auch Schleswig ist Dänischer Grund und Boden, und doch ist es aufgenommen. Etwa darum, weil Schleswig mit Holstein eng verbunden ist? Meine Herren! Wenn das der Fall und der eigentliche Grund wäre, dann mußte Deutschland warten, bis beide Theile ihren eigenen Fürsten hatten, Sie mußten sich nicht jetzt schon dafür entscheiden. Nein, der eigentliche Grund ist der, daß in Schleswig eine Deutsche Bevölkerung wohnt, dort einheimisch geworden, im Laufe der Zeit die Oberhand gewonnen hat, und daß man von dem Grundsatz ausgeht: Weil die Bevölkerung Deutsch sein will, so muß sie auch Deutsch bleiben.

Es ist mit dem Großherzogthum Posen nicht anders, das heißt, mit dem deutschen Theile desselben. Dort sind 400,000 Deutsche und es leben wenige Polen darin. Diese 400,000 Deutsche haben gebeten um Aufnahme in den deutschen Bund und diese ist ihnen bewilligt worden. Will man nun Schleswig behalten, warum will man Posen zurückweisen? Bedenken Sie wohl, welche auffallende Inconsequenz darin liegt. So wie Sie sagen: Diese Theile Posens sind mit Unrecht aufgenommen, und wir müssen sie zurückweisen, dann erklären Sie auch laut vor ganz Europa: Wir haben Schleswig ebenfalls mit Unrecht aufgenommen, und unser Krieg gegen Dänemark ist ein ungerechter. — Aber man will Polen Gerechtigkeit widerfahren lassen, Gerechtigkeit, meine Herren, wie man uns immerfort wiederholt, gegen das unglückliche geknechtete Polen, gegen welches Deutschland ein Unrecht begangen hat, welches jetzt um jeden Preis geföhnt werden muß. Meine Herren! Dieser Gedanke ist zu groß und erhaben, als daß ich mich nur mit einem Worte dagegen erklären möchte. Ich fürchte zwar, daß auch das freie Polen auf lange Zeit hinaus ein unglückliches Land sein, und nach wie vor sich durch Parteiungen zerfleischen wird. Aber wer hat uns zum Richter über dasselbe gemacht? Nein! wenn Deutschland heute erklärt, Polen soll frei sein, so werde ich mich darüber freuen. Wir werden uns dadurch des deutschen Namens nur würdig machen. Aber soll Gerechtigkeit gegen die Polen geübt, und angefangen werden mit einer Ungerechtigkeit gegen die eigenen deutschen Brüder? Es ist aber die schreiendste Ungerechtigkeit, wenn man 400,000 Deutsche fortstoßen will von der deutschen Freiheit, Ehre und Größe; himmelschreiende Ungerechtigkeit, wenn man sie an das Schicksal einer Nation ketten will, von welcher vorauszusehen ist, daß sie erst nach langen blutigen Kämpfen zu einer friedlichen inneren Gestaltung kommen werde. Bedenken Sie wohl die Lage und die Verhältnisse des Landes. Gelänge es uns auch, Polen mit einem Zauberschlage herzustellen, so wäre mit Gewisheit zu erwarten, daß doch noch lange Zeit vergehen würde, ehe es im Innern zur Ruhe, zur wahren Freiheit käme, und zwar darum, weil ihm der Kern fehlt, der Bürgerstand, diese Grundbedingung und Grundveste unseres staatlichen Wohls, weil das Band zwischen den verschiedenen Schichten des Volkes kein vollständiges ist, daß es erst noch lange und schwere Kämpfe würde überstehen müssen. Und an dieses Schicksal will man die deutschen Brüder ketten, während man sie für Deutschland gewinnen, für Deutschland behalten kann? Ich möchte Sie noch auf die Folgen aufmerksam machen, welche ein Beschluß dahin, daß Deutschland Polen nicht bei Deutschland bleiben soll, haben dürfte. Als der erste Ruf der Freiheit erschollen, als die Ketten der gefangenen Polen zersprengt waren, durch die Deutschen selbst, da mischte sich das heiße Blut der Polen in's Spiel, sie wollten den Gang der Zeit nicht abwarten, sie erhoben sich gegen ihre deutschen Brüder, und haben Schwers an ihnen verübt. Seitdem hat bitterer, schwerer Haß sich im Großherzogthum festgesetzt, und in demselben Augenblicke, wo Sie sagen, die Deutschen sollen nicht deutsch sein, werden die Polen aufstehen und Rache nehmen, und die Deutschen selbst, sie werden nicht gutwillig hingeben, sie werden zum Schwerte greifen, und Deutschland würde zusehen müssen, wie diese verlassenen Deutschen gegen die zahlreichen Feinde den Todestampf der Verzweiflung kämpfen. Ja es könnte wohl möglich sein, daß sie durch deutsche Kugeln und Bajonette gezwungen werden müßten, sich unter das polnische Joch zu beugen. Nein, meine Herren, üben Sie Gerechtigkeit gegen die Polen, aber

üben Sie sie vor Allem an ihren deutschen Brüdern. — Noch einen anderen Gesichtspunkt möchte ich aufstellen. Er ist schon von einem früheren Redner in diesen Hallen berührt worden. Das hätte in der Paulskirche, in der ersten National-Versammlung, die sich vereinigte, um alles Deutsche zusammenzuscharen, nie geschehen müssen, daß solche Deutsche, welche sich vorzugsweise der deutschen Gefinnung rühmen, sich gegen ihre Brüder erhoben, um sie hinauszuschieben. Man hält uns überall die Engländer und Franzosen als Muster, als die großen Völker der Freiheit, entgegen, man lerne von ihnen das Nationalgefühl; denn kein Engländer oder Franzose würde jemals seinem Parlament die Zustimmung machen, auch nur Zehn seiner Brüder vom Vaterlande und seiner Freiheit auszuschließen, er würde vielmehr Himmel und Erde in Bewegung setzen, um auch nur einen Landsmann bei seinem Volke zu behalten, um ihm die Freiheit und Rechte zu wahren, welche seinem Lande gegeben sind. Darum, meine Herren, hören Sie auf die wahre und ernste Stimme der Gerechtigkeit, lassen Sie uns recht bald zu dem Entschlusse kommen, daß alle diese Deutschen für Deutschland niemals verloren gehen dürfen. Thun Sie es bald, thun Sie es jetzt! Ich appellire an das Deutsche Nationalgefühl in Ihren Herzen, an Ihre National-Ehre, die nimmer dulden kann, daß um der Sympathieen für Polen willen Tausende von Deutschen hingeopfert werden. Bedenken Sie, daß es sich um Leben und Tod, Sein oder Nichtsein von 400,000 Deutschen handelt. Bedenken Sie, daß jene Landesstriche größtentheils von Deutschen bewohnt sind, und Deutsch sein wollen. Sie werden dann beschließen, was Recht ist, was das Nationalgefühl und die National-Ehre erfordert.“ (Vielseitiges Bravo.)

† Posen, den 26. Juni. Wiederholentlich können wir aus der zuverlässigsten Quelle die Mittheilung machen, daß weder von Frankreich, noch von Rußland irgend eine bedrohliche, oder überhaupt eine Note in Bezug auf die Posener Frage eingegangen ist, auch der Französische Gesandte in Berlin, Herr Arago, keine derartige Erklärung gethan hat.

* Posen, den 26. Juni. Der bekannte Ahlemannsche Zug spukt bereits in der Presse, während er vielleicht wie ein Nebelbild eben zerronnen ist. Ein Correspondent der Breslauer Zeitung nimmt die Vasen voll und legt sehr scharf los, der Staatsanzeiger hat davon mit großer Bedenklichkeit gesprochen, und die Zeitungshalle wird das Ganze hoffentlich in ihrer Weise ausbeuten. Wichtiger ist, was die „Neue Berliner Zeitung“ in ihrer jüngsten Nummer, weniger von dem möglicherweise unbedeutenden Unternehmen selbst, als den ihm zu Grunde liegenden Verhältnissen spricht, und wir lassen deshalb den Artikel hier folgen:

„Die Einwohner von Berlin erfahren mit Staunen, daß der Justiz-Commissarius Ahlemann zu Samter im Großherzogthum Posen zu einem bewaffneten Zuge nach Berlin aufgefordert hat, „um die hier hervorgetretenen Auftrugs-Ausbrüche zu unterdrücken“, ja, daß dieses bewaffnete Corps bereits am 26. Juni von Samter ausgerückt und sich in drei Colonnen nach Berlin dirigiren soll. Zur Verhütung dient, daß die Regierung zu Posen den Landrath des Kreises angewiesen hat, diesem Zuge mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten, und, wenn es nöthig, sogar militärische Beihülfe in Anspruch zu nehmen.

In Folge dieser Vorkehrungen, welcher jeder Wohlbedenkende und Jeder, dem die Aufrechthaltung eines gesetzmäßigen Zustandes am Herzen liegt, gewiß nur billigen kann, wird der Zug gegen Berlin wohl nicht zu Stande kommen. Ob unmittelbar und materiell von demselben allein viel zu fürchten gewesen wäre, steht in Frage, darf sogar bezweifelt werden, wenn gleich andererseits nicht unwahrscheinlich ist, daß diese Schaar, durch die unterwegs Herbeiströmenden verstärkt, zu einer bedeutenden Größe angewachsen sein würde. Wir möchten vielleicht ohne Weiteres ein siegreiches Hervorgehen der Berliner aus dem Kampfe annehmen können, trotz der geringen Tapferkeit und Ausdauer, welche unsere der Zahl nach so bedeutende Bürgerwehr am Abend des 14. d. M. offenbarte: aber es ist schlechterdings nicht abzusehen, wohin das Ahlemannsche Unternehmen, was es erst bis in die Nähe Berlin's gelangt, hätte führen können, da vielleicht jetzt schon auch aus andern Provinzen, wo große Unzufriedenheit mit Berlin obwaltet und der Gedanke eines Zuges nach der Hauptstadt kein neuer ist, Zuzug gekommen wäre.

Dem mag indeß sein, wie ihm wolle. So viel sieht als gewiß anzunehmen, daß das Faktum, dessen wir hier erwähnen, für Berlin von der größten Wichtigkeit ist. Berlin erfährt daraus unwiderleglich, daß ein Gegensatz der Provinzen zu ihm kein eingebildeter, durch Adressen künstlich hervorgerufener, sondern ein wirklich vorhandener ist, und daß es nur der geeigneten Anlässe bedarf, um denselben zum Ausbruch zu bringen. Ob dieser Ausbruch nun in der Gestalt eines bewaffneten Zuges nach Berlin, ob er dadurch zu Stande komme, daß die Beschlüsse der National-Versammlung nicht anerkannt werden, (dies ist ein thatsächlich viel verbreiteter und dadurch hervorgerufener Gedanke, daß man die Berathungen unserer Vertreter in Berlin nicht frei, nicht geschützt vor terroristischen Eingriffen glaubt) kurz, dieser Ausbruch mag in einer Form zu Tage treten, in welcher immer er will — die Folgen davon würden für Berlin und für die Preussische Monarchie unabsehbar sein.

Wenn hier dennoch Jemand daran zweifeln sollte, daß ein Gegensatz der Provinzen zu Berlin faktisch existirt, den verweisen wir, vorausgesetzt, daß er Augen habe zu sehen, auf seine Nähe, wir verweisen ihn auf den Beschluß, welchen unsere republikanische Partei gefaßt hat, fünfzig Emissäre auszusenden, um die Versöhnung der Provinzen mit der Hauptstadt herbeizuführen. Die republikanische Partei operirt zwar nicht immer geschickt, aber sie ist in der Regel gut unterrichtet; außerdem würde sie sich zu einem solchen Schritte nicht veranlaßt gefanden haben, wenn er von ihrem Standpunkte aus nicht als die äußerste Nothwendigkeit erschienen wäre.

Es liegt also unzweideutig auf der Hand, daß Berlin etwas thun muß, um den Zwiespalt mit den Provinzen auszugleichen. Dies kann nicht besser geschehen, — und es wird mit vollständigem Erfolge geschehen — als wenn die Bürgerschaft Berlins streng den Weg des Gesetzes geht, wenn sie nachdrücklich das Gesetz schützt und, im entschiedenen Festhalten an den gewährten Freiheiten, alle weitergehenden Forderungen aufs bestimmteste von sich weist. Das ganze Land will eine konstitutionell-monarchische Verfassung, wie sie vom König verheißten worden: es will, man kann dies nicht oft genug wiederholen, keine Verfassung und keine Freiheiten, welche auf anderen Prinzipien beruhen. Daher muß auch gerade diesen Ansichten die Hauptstadt beitreten, sie muß dieselben in

einer Weise als die ihrigen zu erkennen geben, daß darüber in der Ferne, wo sich Manches anders, als in der Nähe ausnimmt, kein Zweifel bestehen kann. Die Eigenthümlichkeit unserer Zustände wird dazu noch oft genug Anlaß bieten.

In wessen Interesse es endlich liegt, daß Hauptstadt und Provinzen einträchtig Hand in Hand gehen, ob im Interesse der Provinzen oder im Interesse der Hauptstadt? — die Beantwortung dieser Frage wird den Bewohnern Berlins gewiß so leicht, daß wir uns darüber nicht näher und bestimmter auszusprechen brauchen.

Berlin, 21. Juni. Erlauben Sie mir, über Ursprung und Verlauf der Ministerkrise nochmals kurz das Wesentlichste zusammen zu fassen. Wenn ich Ihnen nichts Neues berichte, so werde ich wenigstens Gelegenheit haben, Irrthümer und ungegründete Gerüchte und Vermuthungen zurück zu weisen. Wie Sie wissen, darf ich versichern, in dieser Angelegenheit vollkommen gut unterrichtet zu sein. Die Gründe für die Auflösung des Ministeriums Camphausen liegen nicht in verborgenen Einflüssen, sondern für jeden, der Augen hat, um öffentliche Zustände zu beobachten, und ein gesundes politisches Urtheil über den Gang einer constitutionellen Regierung zu fällen im Stande ist, liegen diese Gründe offen vor. Für das Ministerium Camphausen gab es in der National-Versammlung keine feste Majorität, das ist eine erste unleugbare Wahrheit, die Niemandem entgangen sein kann, welcher dem Gange der Berathung seit 3 Wochen gefolgt, welcher die Gruppierung der Versammlung in Parteien und das Verhalten dieser Parteien bei den verschiedenen Abstimmungen beobachtet hat. Durch welche Einflüsse die Majorität dem Ministerium verloren gegangen, ist überflüssig nochmals auseinander zu setzen; wir kontint es für heute nur darauf an, alle fabelhaften Angaben über einen so leicht begreiflichen Vorgang zurückzuweisen. Daß ein Ministerium, wenn seine Stellung der Nationalvertretung gegenüber erschüttert worden, wenn alle seine Versuche, sich neu zu stärken und zu befestigen, gescheitert sind, am Ende wohl sich auflösen muß, das sollte man glauben, bedürfte keiner besondern Erklärung und müsse Jedem sofort einleuchten. Nur unser Berliner Publikum schließt über die klarsten Verhältnisse die Augen und zieht es vor, an Traumbildern von geheimen Hof-Parteien, von reaktionären Camarillen sich zu weiden; es kann hier überhaupt durchaus nichts vorgehen, ohne daß die „Reaktion“ auf die eine oder andere Weise ins Spiel gezogen wird. Zu dem Sturze des Cabinets hat nun offenbar die schlaffe Haltung der Berliner Bürgerwehr ein gutes Theil beigetragen; statt sich dies zu gestehen, ist es natürlich bequemer, die „Reaktion“ anzuklagen, von russischen Correspondenzen, von verweigerter Auflösung der Gardes zu fabeln. Der ehemalige Präsident des Cabinets hat bei allen seinen anspornenden Bemühungen das Ministerium zu ergänzen, Seitens der Krone die unbedingtste Willfährigkeit gefunden; um ihn an der Spitze der Verwaltung erhalten zu können, wurden mit der edelsten Selbstverleugnung alle möglichen Zugeständnisse gemacht; als endlich sein Rücktritt unvermeidlich geworden, hat sich Bestürzung und Bedauern in allen Kreisen aufs unzweideutigste kund gegeben; kurz, nur die Anarchisten und diejenigen, die durch ihr unverständiges Geschrei ihnen in die Hände arbeiten, empfinden über die Auflösung des Cabinets eine geheime Genugthuung, außer ihnen Niemand, am wenigsten Personen vom Hofe. Uebrigens darf die gemäßigte Partei durch das Vorgefallene nicht im Mindesten sich entmuthigen lassen; die Gründe des Ministerwechsels habe ich im Vorliegenden mitgetheilt, der Zweck ist, wie sich von selbst versteht, eine Stärkung der gemäßigten Partei in der National-Versammlung. Dieser Zweck wird hoffentlich erreicht werden. Gelingt es Hansemann, ein starkes und einigtes Cabinet zu bilden, so wird demselben durch die Unterstützung Camphausen's und seiner politischen Freunde die Majorität gesichert sein. Die rechte Seite der Kammer wird unter der Leitung des ehemaligen Cabinets-Präsidenten am Festigkeit, Disciplin und Zahl gewinnen, und so weit wird der Wechsel der Personen sich für das Wohl des Landes, wie wir fest vertrauen, ersprießlich erweisen. (Röln. Ztg.)

Berlin, den 22. Juni. Gestern Abend begab sich der hier bestehende sogenannte Sicherheits-Ausschuß, aus Ministerial-Direktoren, dem Polizei-Präsidenten, Stadträthen, Stadtverordneten u. s. w. bestehend, zu dem eben ausgeschiedenen Minister-Präsidenten, um sich über mehrere umlaufende Gerüchte beruhigen zu lassen und ihm die Besorgniß auszusprechen, welche mannigfach über seinen Austritt aus dem Ministerium laut geworden. Hr. Camphausen versicherte zunächst auf die erste Anfrage, daß er nur aus freier Wahl ausgeschieden, weil es ihm scheine, daß er der National-Versammlung nicht freisinnig genug sei, er in der Einwohnerschaft das rechte Vertrauen nicht zu besitzen scheine und es ihm somit nicht gelungen, die nöthige Ergänzung für sein Ministerium zu finden. Er könne übrigens auf die zweite Frage ferner versichern, daß eine Camarilla in der Nähe des Königs nicht bestehe, dieser vielmehr lediglich den Fortschritt wolle und an eine Reaktion nicht zu denken sei. Was übrigens die Kriegsdrohung der Russen betreffe (und dies war die dritte Frage), so seien sie weder als Feinde noch als Freunde an unsere Grenzen gerückt. Camphausen wird nun wahrscheinlich sofort seinen Sitz in der National-Versammlung nehmen und seinem Freunde Hansemann auch freundlich, namentlich durch seine Rednergabe, zur Seite stehen. (Röln. Ztg.)

P ** Berlin, den 23. Juni. Die Untersuchung in der Zeughausangelegenheit führt zu immer weiteren Resultaten. Als dabei sehr schwer betheiligte ist jetzt ein aktiver Offizier verhaftet worden, der sich hier sonst eines sehr guten Rufes erfreut, ein Mann, der früher von der Regierung nach Stockholm geschickt worden, um dort das neue Schwedische Turnsystem zu studiren, für den in letzter Zeit auch der Direktor des allgemeinen Kriegsdepartements von Griesheim sich lebhaft interessirte, ja, der unter den Cam-

didaten zum hiesigen Bürgerwehr-General sehr viel Ausflüchten hatte. Er soll ganz besonders dazu beigetragen haben, daß der Hauptmann von Nagmer mit seinen 250 Mann abgezogen ist und dadurch die Plünderung eigentlich erst möglich gemacht hat. Sollte hier etwa eine Rolle gespielt werden, wie der General Courtais sie in Paris gespielt hat? Dann hätte Herr L. doch erst abwarten sollen, daß er wirklich gewählt worden. — Aus Allem, was man an Einzelheiten vernimmt, geht immer mehr hervor, daß das ganze Unternehmen vorher abgemacht und wohl überlegt gewesen. Um so mehr ist von den Behörden zu erwarten, daß die Untersuchung mit Strenge und Unparteilichkeit geführt wird, damit endlich die wahren Feinde der Freiheit, die gewissenlosen Unrubeftifter, denen alle Mittel gerecht sind, erkannt werden und sie nicht mehr zusammengeworfen werden mit den wahren Freunden der Freiheit.

△ Berlin, den 23. Juni. An den Ober-Präsidenten v. Auerswald ist schon am 20. die Einladung zur Uebernahme der Ministerpräsidentenschaft nach Königsberg ergangen, doch kann er vor Morgen Abend süglich nicht hier sein. Die Ministerien des Kriegs und der auswärtigen Angelegenheiten verbleiben den jetzigen Inhabern, alle übrigen werden vom Publikum nach mehr oder weniger wahrscheinlichen Muthmaßungen besetzt; seit gestern Abend hält sich die Meinung, Wilde würde das Ministerium des Innern übernehmen. Der jetzige Minister Auerswald wird, wie er heute abermals versichert, das Cultusministerium schon deshalb ablehnen, weil nicht gut zwei Brüder Minister sein können. Dem edlen, geistvollen aber zu wenig thätigen Camphausen hat die rechte Seite angeboten, ihre Leitung zu übernehmen, er will aber einige Zeit seiner Erholung in Köln widmen. Treten nicht außerordentliche Ereignisse ein, so wird in der nächsten Woche das Interesse der Kammer vorzugsweise der Sonderung in feste Parteien für und wider das neue Ministerium zugewandt sein, man wird vielleicht, wenn das Ministerium mit einem Programme austritt, die Adresse fallen lassen, vielleicht auch den Reuterschen Antrag beseitigen, um nun endlich dem Lande gegenüber eine fruchtbare Thätigkeit zu entwickeln. — Gestern wohnte ich der von dem demokratischen Clubb berufenen Volksversammlung bei; man kann sich nichts Aufreizenderes denken, als diese Reden, und begreift nicht, weshalb die Polizei und Gerichte dazu still und unthätig sind. Im Volke erwartet man morgen die Erklärung der Republik, vielleicht aus keinem andern Anlaß, als weil Berlin gestern in der Volksversammlung erfahren hat, was man aus den Zeitungen schon wußte, daß ihm die Ehre zugefallen ist, Vorort aller demokratischen Vereine Deutschlands zu sein, und die Häupter des Central-Ausschusses: Fröbel, Rau, Kriege unter den Schutz der 60,000 Arbeiter gestellt sind, die angeblich für die Republik schwärmen. — Von Minutoli's Nachfolger verlautet noch nichts; die Verhandlungen mit dem Landrath Bauer haben sich zerlautet noch nichts; die Verdienste unseres allgemein verehrten Generals v. Steinäcker werden hier im vollsten Maaße anerkannt. Miroslawski hat in einem seiner Briefe gesagt, nur vor St. hätten die Polen sich gefürchtet. Es verlautet, daß er Gouverneur von Posen werde. — Schreckensteine fällt. Einer Deputation, die ihn anging, das Zeughaus wieder der Bürgerwehr zu übergeben, soll er es versprochen haben, „sobald das letzte Gewehr aus dem Zeughause fortgeschafft sein würde.“ General v. Puel ist noch hier. So eben erhalte ich aus angeblich sicherer Quelle folgende Ministerliste: Auerswald, aus Königsberg: Präsident. — Märker: Criminaldirector, (zur Zeit im Justiz-Ministerium) Justiz. — Kühlwetter: Inneres. — Rodbertus: Cultus. — Wilde: Handel. — Hansmann: Finanzen. — Schreckensteine: Krieg. — Schleinig: Auswärtiges. — Polizeipräsident von Berlin soll der General-Procurator Müller in Köln werden. Von den nicht in Berlin befindlichen Personen weiß man nicht, ob sie annehmen werden.

P* Berlin, den 21. Juni. Der constitutionelle Clubb hat in seiner letzten Sitzung einen überaus wichtigen Beschluß gefaßt, einen Beschlüß, der hoffentlich die nachhaltigsten Folgen hervorrufen wird. Die republikanische Partei ist bekanntlich außerordentlich rührig und thätig. Sie hat unter dem Deckmantel des demokratischen Namens einen in Wahrheit ächt republikanischen Congress in Frankfurt abgehalten und in Folge desselben Berlin als den nächsten Schauplatz ihrer Wirksamkeit ausersehen. In Berlin findet sie Helfershelfer, das ist keinem Zweifel unterworfen. Zeigen sich doch hier und da in den unbedeutendsten Ortsgaststätten republikanische Gelüste, wie sollten derartige Richtungen nicht unter einer Einwohnerschaft von 400,000 Seelen vertreten sein? — Um nun aber den republikanischen Bestrebungen der rückwärts losen Umsturzpartei entgegen zu wirken, hat jetzt der constitutionelle Clubb beschlossen, verbrüderete so wie andere constitutionelle Vereine aufzufordern, durch Abgesandte einen constitutionellen Congress in Berlin zu begründen und somit dem demokratisch-constitutionellen Königthum eine neue Stütze zu geben. — Der Clubb hatte seit einiger Zeit angefangen zu kränkeln. Auf der einen Seite war er in den Verdacht reaktionärer Tendenzen gekommen, auf der anderen warf man ihm eine zu ultraliberale Färbung vor. Von beiden Seiten verlor er an Anhang. Er hat jetzt wieder kräftige, ganz entschiedene Lebenszeichen von sich gegeben, er geht nämlich gerade aus ohne weder nach oben, noch nach unten zu liebäugeln. Er will das Königthum und ist bereit zum offenen ehrlichen Kampfe gegen die jetzt anstürmende Republik; aber er will mit eben so großer Entschiedenheit die volle Freiheit des Volkes und wird eben so schonungslos kämpfen gegen Absolutismus, Aristokratie und Bürokratie.

Berlin, den 25. Juni. Das Militär-Wochenblatt meldet die Ernennung des Generalleutnant und Kommand. Generals des V. Armeecorps. v. Colomb, zum Gouverneur von Königsberg, und des General-Lieutenant, v. Brunnck, zum int. Kommand. General des V. Armeecorps.

— Nach einem Ministerialbeschlusse sollen diejenigen Deputirten des demokratischen Congresses in Frankfurt, welche hier in Berlin ihr Geschäftsbureau errichten wollten, sogleich nach ihrer Ankunft von hier ausgewiesen werden.

— Nach einem in der Sitzung der Stadtverordneten vom 22. vorgelegten Bericht beträgt das Capital für die Hinterbliebenen und Verwundeten 77,000 Thlr., nach Abzug der bereits ausgegebenen Gelder. Der Magistrat trug darauf an, 70,000 Thlr. für Rechnung der Stadt-Hauptkasse mit 4½ Pct. auszugeben, den Rest von 7000 Thlr. aber für laufende Unterstützungen zu benutzen. Die Stadtverordneten wollen diesen Gegenstand durch eine gemischte Commission berathen lassen.

— Die Eigenschaften des zum Nachfolger des Polizei-Präsidenten v. Minutoli in Vorschlag gebrachten Direktors Müller aus Köln werden von allen, die ihn kennen, sehr gerühmt. Zeitgemäß scheint es auch zu sein, bei Reorgani-

sation unserer Gerichte sich der Talente des Hrn. Berghaus zu erinnern, und ihn nach Berlin zurückzurufen, ein Anerkenntniß, das er wohl verdient.

Frankfurt, den 21. Juni, Mittags 2½ Uhr. In der heutigen 20ten Sitzung der National-Versammlung wurde von Beisler aus München Namens des Ausschusses für die Slawische Frage bezüglich der Prager Ereignisse Bericht erstattet. Der Antrag geht dahin, daß die National-Versammlung erkläre, daß durch die vom Bund ergriffenen Maßregeln das Nöthige vorgekehrt sei, und daß die National-Versammlung der Oesterreichischen Regierung ihre Unterstützung zusichere. Es wurde hierauf die Diskussion über Errichtung der Exekutivgewalt fortgesetzt. Degenkolb sprach für einen eigenen Antrag, daß nämlich der Präsident von der National-Versammlung ernannt, von den Regierungen binnen festgesetzter Frist bestätigt werde. Jordan von Berlin für den Blumschen Antrag, von Flottwell für den Ausschuss-Antrag. von Lindennau schlägt vor, das Direktorium zu bilden, 1) aus drei Männern, welche Oesterreich, Preußen und die übrigen Regierungen ernennen; 2) aus drei von und aus der National-Versammlung gewählten Personen; 3) aus einem von der National-Versammlung zum Präsidenten zu wählenden nicht souverainen Mitgliede eines Deutschen Fürstenhauses. Diese 7 Personen sind der National-Versammlung solidarisch verantwortlich, und haben selbstständig zu handeln mit den vom Ausschusse beantragten Befugnissen. Eisenstuck für den Blumschen Antrag. v. Mäh-ring aus Wien verlangt in einem eigenen Antrag, daß die drei Personen der Exekutivgewalt (Reichsstatthalterei) Fürsten seien. Schaffrath für den Blumschen Antrag. Schoder von Württemberg für seinen (bereits mitgetheilten) Verbesserungsvorschlag. Beisler von München für den Ausschuss-Antrag. Vincke verlangt, daß die Centralgewalt allein von den Regierungen gebildet werde. Clausen von Kiel sprach für den Schoderschen Verbesserungsvorschlag; Auerswald aus Berlin für den Kommissions-Antrag. Schluß der Sitzung Nachmittags 2½ Uhr. Nächste Sitzung morgen Nachmittag 4 Uhr. Fortsetzung der Diskussion über die Exekutivgewalt.

— Das Fürstlich Thurn- und Taxische Ober-Postamt hat die portofreie Beförderung der Geldbeiträge an die Vereine zur Bildung einer Deutschen Kriegsflotte auf ein Jahr bewilligt.

Flensburg, den 17. Juni. (Alt. Merk.) Nachrichten vom Kriegsschauplatz zufolge, verschanzen die Dänen sich zwischen Hadersleben und Christiansfeld. Ihre Vorposten stehen etwa eine Meile südlich von Hadersleben und ziehen sich bei Detognosirungen auf Hadersleben zurück. In der Linie von Apenrade stehen Preussische und Schleswig-Holsteinische Truppen, erstere bilden den linken Flügel. Das Lannische Frei-Corps steht auf dem äußersten rechten Flügel.

Von der Schlei, den 16. Juni. Bei den widersprechendsten Gerüchten aus dem Norden über die Wiederbesetzung von Hadersleben und den Rückmarsch werden folgende Mittheilungen eines Schleswig-Holsteinischen Offiziers vom Jägerbataillon von einigem Interesse sein. Derselbe schreibt aus Monkmölle (am Flensburger Meerbusen) vom 13. Juni. „Vor einer Stunde komme ich in mein altes Quartier zurück, und da ich unterwegs von den sonderbaren Gerüchten gehört habe, die sich über unsern xenophontischen Zug nach und von Hadersleben kreuzen, so will ich die folgende kurze Notiz gleich heute Abend geben. Am 9. Morgens um 1/3 Uhr rückten wir plötzlich ohne Gepäc von hier nach Norden, unterwegs stießen andere Truppen zu uns, so daß wir 5 Kompagnien Jäger, 2 Kompagnien Infanterie, 1 Batterie und 3 Eskadronen Dragoner bildeten. Wir hielten am ersten Tage in der Nähe von Apenrade Nachtlager, während dort das Magazin von unsern Leuten geleert wurde. (Bei dem Rückzuge von Wrangel aus Jütland und Nordschleswig hatte man dies fortgeschafft, die Dänen aber, welche nur von der Seite die Stadt beunruhigten, hatten keine Zeit gehabt und es nicht gewagt dasselbe fortzuführen.) Am folgenden Morgen gingen wir bis Hadersleben, wo wir rührend aufgenommen wurden; hier befanden sich noch verwundete Preußen, die von den Dänen sehr gut behandelt waren und die nun von uns abgeholt wurden. Die Leute in Hadersleben sagten uns, man könne sich keinen Begriff von dem Zustande der Dänischen Armee machen; sie bestände aus alten Kerlen, die zum Theil in Holzschuhen gingen und einen Sack statt des Tornisters auf dem Buckel trügen. Auch soll, wie wir hören, die Bekleidung aus sehr alten Röcken bestehen, was indeß bei der Menge der Menschen, die sie in's Feld schicken nicht auffallen kann; Energie beweist Tscherning auf jeden Fall. Die Gemeinen haben entschieden erklärt, sich nicht schlagen zu wollen, und als neulich das von der Lannische Freicorps bei Hadersleben angriff, waren die 2000 Mann, die in der Stadt lagen, durchaus nicht dahin zu bringen, daß sie Hadersleben verlassen und die Schaaren angegriffen hätten. Daher kam es denn, daß 350 Mann (andere Berichte sagen 400) Freiwillige siegreich gegen 3000 (wohl mit Einschluß jener 2000, die nicht auf dem Kampfplatze waren) fochten, ihnen 22 Husaren verwundeten und tödteten und die bekannten Resultate, welche verhältnißmäßig die glänzendsten unsers ganzen Feldzuges sind, erreichten. Die Dänische Infanterie hat sich in diesem Gefechte gar nicht vertheidigt. Als der gefangene genommene Dänische Husarenoffizier Dyhrneg den Major v. d. Lann fragte, wo denn die Armee sei, und dieser auf das Freischaren-corps hingewiesen hatte, jener aber durch wiederholte Versicherung, daß weiter keine Truppen vorhanden, sich hiervon überzeugt hatte, soll er ausgerufen haben: die Schande wird Dänemark nicht verschmerzen.

Am 11. Morgens früh wurde plötzlich Lärm gemacht, und die Hornisten bliesen zum Appell. Wir versammelten uns auf dem Stadtplatze und zogen dann ab gegen Süden und überließen die guten Haderslebener dem schmerzlichen Gefühl, allein zu stehen. Die Dänen rückten nämlich von Norden heran und sollen

6—8000 Mann gezählt haben, denen wir nur 1750 entgegen stellen konnten, die vom Prinzen Waldemar geführt wurden. Die Jäger verlangten entschieden vorwärts zu gehen; sie wollten jeder 1 Rtlr. Cour. hergeben, damit die Verwundeten etwas hätten und die Hinterlassenen der Getödteten wenigstens für den Augenblick unterstützt würden. Ich bin überzeugt, daß die Leute sich sehr tapfer geschlagen hätten. Den ganzen Tag marschirten wir in der schrecklichsten Hitze herum und bivouackirten bei Hammelef eine halbe Stunde von den Dänen. Am folgenden Morgen wurde Otto Heinzen, Sohn des Amtmanns von Bordesholm (vier Söhne desselben dienen in der Schleswig-Holsteinschen Armee) beim Patrouilliren von 3 Kugeln getroffen; eine ging in den Arm, eine in den Fuß und eine durch das Schienbein. Er hatte also so heftige Schmerzen, daß er nicht auf dem Pferde bleiben konnte, und er wurde deshalb von einem Preussischen Offizier eine Strecke mitgeschleppt und dann in ein Bauernhaus gebracht. Am folgenden Tage holte ihn ein Bauer, der vom Arzte der Braklower begleitet wurde, aus dem vom Feinde besetzten Dorfe heraus. Der Arzt meint, das Bein müsse ab und es sei Alles zu befürchten. Heute am 13. sind wir nun endlos ermattet hier wieder angekommen und hoffen am 16. wieder vorzugehen, um wirklich anzugreifen. Unsere Leute fielen uns heute ohnmächtig um und Einer wurde mit einem Küchenmesser zur Aber gelassen, weil der Doktor seine Lanzette verloren hat.“

Am 14. verließen 6 Kanonen und 4 Haubitzen Rendsburg und ein Bataillon Hannoveraner, die am folgenden Tage von Schleswig nordwärts zogen. Heute Nacht erhielt das 2. Bataillon Schleswig-Holsteiner Infanterie Marschordre.

Hamburg, den 21. Juni. Das hiesige Comité für eine deutsche Flotte fordert diejenigen, welche das Commando von Kriegsschiffen übernehmen wollen, auf, sich bei ihm zu melden.

Die Dänen stehen jetzt mit 13 Bataillonen Linientruppen, von denen aber viele Leute fast über 50 Jahre alt sind und in Holzschuhen gehen, im Norden des Landes, während die Deutschen sich bei Flensburg concentriren.

Eine Compagnie des Tannschen Freicorps ist, weil man ihr nicht gestatten wollte, sich, statt ihres verwundeten Hauptmanns Corneli, einen neuen Führer zu wählen, nach einem Biercommer und nach dem Verkauf der eroberten Pferde, nach Rendsburg zurückgegangen. Die Dänen verschanzen sich zwischen Hadersleben und Christiansfelde; ihre Vorposten stehen eine Meile südlich von Hadersleben, ziehen sich aber jedesmal vor den deutschen Patrouillen zurück.

Der Major v. Tann will, wie er sagt, aus Apenrade ein zweites Saragossa machen. Alle Straßen sind barrikadirt und die Thore mit Kanonen versehen.

Am 18ten wurde in Flensburg der hannoversche Hauptmann Dammert begraben. Die Generale v. Wrangel und Halkett folgten und der Prediger Strauß hielt die Grabrede.

Zwischen Møen und der Küste von Schonen ist am 17ten eine russische Kriegsflotte von 17 Segeln gesehen worden.

Die Condemnation der deutschen Schiffe in Kopenhagen dauert noch immer fort.

Wien, den 23. Juni. Eine Correspondenz berichtet, Fürst Windischgrätz sei im Besitze von Papieren, wodurch sehr viele hohe Herren in Böhmen compromittirt wären, der Aufstand wäre auf den 18. und 19. Juni vorherbestimmt gewesen, eine Bartholomäusnacht gegen die Deutschen beabsichtigt, bereits Proscriptionslisten verbreitet, mit wenigen Worten die Losreißung Böhmens von Oesterreich bezweckt u. s. w. Ueber den eigentlichen Sachverhalt wird eine, hoffentlich vollkommene öffentliche Untersuchung wohl die nähere Beleuchtung geben. — Mitglieder des Vereins der deutschen Böhmen, Mähren und Schlesiens, baten beim Sicherheits-Ausschuß um nöthigenfalls militairischen Schutz gegen die Czechen, welcher nur durch Windisch-Grätz möglich wäre. Die Debatten hierüber bewegten sich auf dem gewöhnlichen Felde.

Prag, den 20. Juni. (D. A. Z.) Die Fürstin Windischgrätz ist von dem Techniker Muhr erschossen worden. Der Sohn des Fürsten erhielt zwei Schüsse im Carolinum (Universitäts-Gebäude), wohin er von seinem Vater als Parlamentair geschendet worden war. Er soll bereits gestorben sein. Feldmarschall-Lieutenant von Röß wurde von einem Frauenzimmer erschossen. Der Oberst-Lieutenant von Hohenegg Infanterie, dessen Adjutant nebst mehreren anderen Offizieren sind geblieben. Der Verlust, welchen das Civil erlitten hat, läßt sich nicht ermitteln, denn die Todten und Verwundeten wurden sogleich verschleppt. Durch die Beschließung der Stadt vom Laurenziberg aus haben am meisten das Clementinum, das Kreuzherrenkloster, die Mühlen und einige Thürme gelitten. Der Kleinsaitener Brückenthurm ward zugemauert. Graf Deym, Graf Vouquoi, Baron Villani sind am 19. Juni verhaftet, nebst einer großen Anzahl der Mitglieder der Swornost, so wie der Studentenschaft. Aus den vorgefundenen Papieren ergibt sich, daß der lange vorbereitete Aufstand erst am 15. Juni losbrechen sollte. Auf dem Lande ist es ruhig, obwohl die Emissaire Alles ausbieten, den Sturm von neuem heraufzubeschwören. In vielen böhmischen Ortschaften werden vom Landvolke Kugeln gegossen. Sämmtliche böhmische Kreishauptleute sind angewiesen, bei weiteren Ruhestörungen das Standrecht zu publiziren.

Prag, den 22. Juni. Sämmtliche böhmische Kreishauptleute sind angewiesen, bei weiteren Ruhestörungen das Standrecht zu publiziren. — Der Bierwirth Fister ist, nachdem er schon einmal befreit worden, wieder in Pilsen ergriffen worden. — Weil von der ultraczechischen Partei verbreitet worden, daß der Kampf der Reaction gelte, die dem Lande die errungene Freiheit wieder entreißen wollte, hat Windischgrätz eine Kundmachung erlassen, daß ihm die Constitution und alle vom Kaiser dem Volke gegebenen Zugeständnisse heilig seien, daß

er für ihre Erhaltung, nicht für ihre Vernichtung stehe. Selbst den Czechen sind die Augen geöffnet und ihr Haß wendet sich gegen die, die ein so furchtbares Spiel mit ihnen treiben wollten. Die Kunde von der Verschwörung hat sich im Lande schnell verbreitet; die beabsichtigten Zuzüge von Bayern sind darum überall ausgeblieben, und überall ist man ergrimmt über die Verschworenen.

Pesth, den 20. Juni. Es haben zur Vertheidigung des Vaterlandes beigeuert: Der Erzbischof von Kolocsa — nichts. Der Bischof von Neutra — nichts. Der Bischof von Großwardein — nichts. Der Bischof von Besprim — nichts. Fürst Palffy — nichts. Fürst Koburg — nichts. Fürst Odescalchi — nichts. Fürst Brezenheim — nichts. — Summa Summarum: nichts. (A. A. Ztg.)

A u s l a n d.

F r a n k r e i c h.

Paris, den 19. Juni. Der Arbeiterzulauf war heute zur National-Versammlung bedeutend schwächer, man hatte auch viel weniger Truppen aufgestellt. Senard eröffnet um 1 Uhr die Sitzung. Es macht sich eine gewisse Spannung bemerklich, weil man den neuen Verfassungs-Entwurf erwartete. Diese Erwartung wurde jedoch anfangs noch getäuscht, und Latrade legte der Versammlung einen Plan vor, der die Bedingungen feststellt, unter welchen Arbeiter auch ohne Zuziehung der Meister und Kapitalisten direkt öffentliche Arbeiten ausführen dürfen. Hierauf bestieg Armand Marast die Rednerbühne und las, als Berichterstatter der Kommission, den Verfassungs-Entwurf vor. Derselbe beginnt mit den einleitenden Worten: „Im Angesicht Gottes und im Namen des Französischen Volkes verkündet und beschließt die National-Versammlung wie folgt.“ Die ersten 9 Artikel handeln von den bürgerlichen Rechten und Pflichten. Art. 1 besteht aus dem christlichen Grundsatz: Was Du nicht willst, daß Dir geschehe, das thu auch keinem Anderen, und was Du willst, daß man Dir thue, das thu auch den Anderen. Die Familie und das Eigenthum sind garantirt, eben so die Arbeit und der Unterhalt. Frankreich ist eine demokratische Republik, einig und unzertheilbar. Die Souveränität liegt in der Gesamtheit der Französischen Nation. Dieselbe wird durch eine Versammlung von 750 Mitgliedern für die gewöhnliche Gesetzgebung und von 900 Mitgliedern, wenn die Verfassung revidirt werden soll, vertreten. Es wird allgemeines Wahlrecht und allgemeine Wählbarkeit, mit Ausschluß der Bankrottirten und der Kriminal-Sträflinge, proklamirt. Die Volksvertreter werden auf drei Jahre gewählt, die National-Versammlung ist permanent, kann sich aber zeitweise vertagen. Kein Volksvertreter kann anders als mit Bewilligung der Versammlung verfolgt oder verhaftet werden. Keine Stelle eines absetzbaren Beamten ist mit dem Amte eines Volksvertreters verträglich, mit Ausnahme der Minister, des Maires von Paris und einiger anderen höchsten Beamten der Central-Behörden in Paris. Jeder Gesetzes-Vorschlag muß, dringende Fälle ausgenommen, dreimal, in Zwischenräumen von wenigstens 10 Tagen, verlesen werden. Das Französische Volk übergibt die Vollziehungsgewalt an Einen Bürger, welcher den Titel: „Präsident der Republik,“ führt. Um Präsident der Republik zu werden, genügt es, geborener Franzose und dreißig Jahre alt zu sein. Derselbe wird aus Kandidaten, welche durch allgemeines Stimmrecht mit geheimer Abstimmung gewählt sind, von der National-Versammlung auf 4 Jahre gewählt. Er kann die National-Versammlung auflösen, muß ihr alle Jahre durch eine Botschaft Bericht abstaten, kann keinen Theil des Gebiets abtreten, darf nie die Armee befehligen und muß alle Verträge von der Versammlung prüfen und ratifiziren lassen. Er erhält einen Palast und ein Jahresgehalt von 600,000 Fr. Er ernimmt die Minister, die Generale und die hohen Staatsbeamten. Ein Vice-Präsident wird ebenfalls auf vier Jahre durch die National-Versammlung, auf geschehene Präsentation durch den Präsidenten, ernannt. Die Justiz wird im Namen des Volkes verwaltet. Sie ist unentgeltlich. Die Formen werden vereinfacht. Die Friedensrichter und ihre Stellvertreter werden in den Hauptorten des Kantons durch das Volk ernannt. Die Richter an den Appellhöfen ernimmt der Präsident der Republik, die Richter am Cassationshofe die National-Versammlung. Die Mitglieder des Rechnungshofes werden durch den Staatsrath ernannt und entlassen. Ein hoher Gerichtshof, von dessen Aussprüchen keine Appellation stattfindet, richtet die Minister, den Präsidenten der Republik und die Mitglieder der National-Versammlung. Sein Einschreiten wird durch Beschluß der National-Versammlung in Anspruch genommen. Die Jury findet in Kriminal-Fällen wie bisher ihre Anwendung; sie wird auch auf zuchtpolizeiliche Fälle ausgedehnt. Die bewaffnete Macht ist eingesetzt, um den Staat nach außen zu schützen und die Ordnung im Innern zu erhalten. Sie besteht aus der National-Garde und der Armee. Die Stellvertretung im Waffendienst ist abgeschafft. Ohne Erlaubniß der National-Versammlung dürfen fremde Truppen das Französische Gebiet nicht betreten. Die Todesstrafe ist für alle politischen Verbrechen abgeschafft. Alle politischen Verbrechen gehören ausschließlich in den Bereich der Jury. Die Freiheit des Unterrichts wird unter der Garantie des Staats ausgeübt. Der Orden der Ehrenlegion wird beibehalten. Seine Institutionen sollen mit denen der Republik in Einklang gebracht werden. Eine transitorische Bestimmung ist die, daß die Gesetze und Bestimmungen, welche gegenwärtig gelten, in Kraft bleiben, bis die neuen angenommen sind. Der Präsident zeigte an, daß dieser Entwurf gedruckt und vertheilt werden solle. Die Zeit der Diskussion wird später festgestellt werden.

(Mit zwei Beilage.)

— Die „legitimistische Union“ bringt ein interessantes Aktenstück, das Programm zu einem politischen Blatt, dem „Spectateur de Londres“, das unter den Auspizien von Guizot und Metternich in London erscheinen soll. Dies Blatt will für drei Länder, insbesondere für Deutschland, England und Frankreich, ein Mittelpunkt der gesunden Doktrinen und konservativen Interessen sein. Es soll dies nach den religiösen und überlieferten Grundsätzen geschehen, welche die Basis der gesellschaftlichen Ordnung bilden. Es beständen, so meint das Programm, in den Völkern viele Vorurtheile und Mißverständnisse in sittlichen und politischen Dingen; diese sociale Auflösung sei schon einige Jahrhunderte im Wachsen. Es sei eine Verwüstung der Geister, eine Verneinung alles überlieferten Gesetzes, ein kindlicher Enthusiasmus für unausführbare Theorien, ein Haß gegen den alten Glauben vorhanden, den man als die Wurzel alles Uebels bekämpfen müsse. Die Herren Guizot und Metternich, deren staatsmännischer Prudenzbund dieses Uebel nicht hat bezwingen können, wollen es nun als Journalisten versuchen und kündigen dies in einem Programm an, das wieder einmal beweist, daß die Bourbonen nicht allein das Unglück haben, Nichts zu lernen und Nichts zu vergessen. Die „Union“ glaubt, Herr Guizot sei der Verfasser dieses Programms; es könnte aber eben so gut von Jarke oder Hurter verfaßt sein. Denn es ist das alte Lied von der Auflösung der Gesellschaft, es sind die alten heuchlerischen Thränen vom Verfall des Glaubens und der Religion, die man uns im Oesterr. Beobachter so lange und so vergeblich vorgeweiht hat. Wer hat aber in Frankreich die Monarchie zerstören helfen, wer die österreichische Monarchie zerbröckeln lassen, wer doch wie hier göttliche und menschliche Ordnungen auf lange Zeiten hinaus erschütterte? Das politische und sittliche Chaos, in welchem sich Frankreich befindet, die Anarchie zu Wien, der blutige Kampf in der Lombardei, der Bürgerkrieg in Böhmen — ob die Herren Guizot und Metternich dabei wohl so Etwas von dem empfinden, was der gewöhnliche Mensch Gewissensbisse nennt? Ob sie wohl ahnen, welche Verwünschung unter allen denen laut wird, denen es mit Gesetz und Ordnung Ernst ist, wenn auch nicht mit dem, was Guizot und Metternich darunter verstehen? Die Klage über Verfall der Moral und des Glaubens nimmt sich so trefflich aus im Munde von Männern, denen die kleine wie die große Moral, ihr Leben lang gleichgültig war; ja es klingt fast wie bitterer Hohn, wenn die beiden vertriebenen Minister sich den messianischen Beruf zutrauen, durch den „Spectateur de Londres“ dem drohenden Unfall der gesellschaftlichen und sittlichen Ordnung vorzubeugen! Metternich und Guizot mit Allem, was daran hängt, sind gerichtet; selbst der Wahn an der Anarchie wird ihrer Reaktion keine neuen Wege öffnen. Sie mögen das Journalistenhandwerk aufgeben; es giebt für sie nur eine literarische Thätigkeit, wofür die Welt ihnen dankbar sein würde: sie sollen ihre Denkwürdigkeiten schreiben, aber so wahr, so aufrichtig, so reumüthig, wie Augustin seine Bekenntnisse schrieb. (Oerv. Zig.)

Spanien.

Madrid, den 14. Juni. Vorgestern trafen hier die am 5ten stattgefundenen Verhandlungen des britischen Unterhauses über die Angelegenheit des von hier ausgewiesenen Gesandten, Sir Henry Bulwer, ein. Der „Heraldo“, das Organ des Minister-Präsidenten, theilt seinen Lesern nur die Rede des Herrn Bantles mit und behauptet, in Folge jener Verhandlungen werde die gerechte Sache Spaniens vor den Augen ganz Europa's stillschweigend anerkannt.

— Das andere ministerielle Blatt, „la Espana“, sagt in Bezug auf dieselbe Angelegenheit: „Das spanische Kabinet hat nicht verwegen gehandelt, es war vielmehr zu artig gegen die englische Regierung. Das Herkommen und das Völkerrecht verpflichteten unser Kabinet keinesweges, Beweise zu liefern, denn eine Nation lügt nie, und einer Regierung muß in solchen Fällen immer auf ihr Wort geglaubt werden. Dennoch hat unser Kabinet die Beweise geliefert. Wenn der englische Minister der auswärtigen Angelegenheiten dieser Handlung diplomatischer Höflichkeit nicht seine wahre Bedeutung beilegen wollte, wenn unsere ritterliche Galanterie zu erhaben für seine Fassungskraft war, so ist dies um so schlimmer für ihn. Europa wird uns verstehen, und die Welt wird Gerechtigkeit an uns üben.“

Italien.

Venedig, den 13. Juni. Die Regierung hat sich an die Französische Republik gewendet und um deren Einschreiten in dem Kampfe mit Oesterreich nachgesucht.

Rom, den 10. Juni. (D. A. Z.) Die Kammern der Pairs und der Deputirten hielten gestern Nachmittag ihre ersten Geschäftssitzungen. Sie dauerten drittehalb Stunden; in jener waren nur 27 anstatt 46 Mitglieder anwesend, in dieser nur 51 statt 100. Das diplomatische Corps war durch eigene Zuschrift zum Besuche der einen oder andern Kammer eingeladen; doch bemerkte man nur wenige fremde Repräsentanten, dagegen ein großes Auditorium frei zugelassener Männer der gebildeteren Klassen. Der Präsident der Pairskammer, Monsignore Muzarelli, eröffnete die Sitzung durch eine Ansprache, deren Form und Inhalt

sich nicht weit über das Niveau des Gewöhnlichen erhob, dessenungeachtet aber, nach italienischer Weise, unter lauten Bravos aus allen Kräften beklatscht wurde. Dagegen hielt in der Deputirtenkammer der Minister des Innern, Graf Mamiani, eine eben so geist- als inhaltreiche Rede, welche die künftige Stellung des geistlichen und weltlichen Regiments des Kirchenstaats zu einander scharf bezeichnet. Graf Mamiani erklärte der Versammlung, dem Reiche der Willkür, der Privilegien, der Bevormundung folge heute durch den Willen Pius' IX. das Reich des Gesetzes, der gemeinsamen Berathung, der Freiheit. „Unser Fürst,“ fuhr der Redner fort, „bewegt sich als Vater aller Gläubigen in der hohen Sphäre seiner himmlischen Autorität, lebt in dem lichten Frieden des Dogma's, predigt der Welt das Wort Gottes, betet, segnet, verzeiht. Aber als souverainer, constitutioneller Lenker dieses Volks tritt er die Hauptfürsorge in der weltlichen Regierung eurer (d. h. der Deputirten) Weisheit ab. Indem unser Statut seiner politischen Sanction durch den Papst auch die katholische Sanction hinzufügt, erklärt es die Handlungen unseres Fürsten für heilig und nicht zurechnungsfähig; er sei nur Ueheber des Guten und könne als solcher keinen Theil haben am Bösen. Von diesem Gesichtspunkt aus müßte allein schon für den Kirchenstaat eine Repräsentativ-Verfassung geschaffen werden, wenn sie auch nirgend anderswo in der Welt schon bestände.“

Amerika.

Der in Europa principienmäßig gepredigte Racenkrieg scheint sich über Amerika instinktmäßig zu verbreiten. Die neuesten Nachrichten aus Oregon lauten sehr betrübend. Vier mächtige Stämme haben einen blutigen Krieg gegen die Pflanzler begonnen; am 29. Nov. überfielen sie die presbyterianische Mission im Wallah-Wallah-Thal und ermordeten Dr. Whitman, seine Frau und 80 andere; 60 bis 70 Personen nahmen sie gefangen mit, die jedoch später durch Vermittlung des Oberfaktors der Hudsonsbay-Gesellschaft befreit wurden. Im Monat Januar lieferten die Weißen den Indianern vier Treffen, in denen die Weißen Sieger blieben; an einer Stelle kämpften 500 Weiße gegen 2000 Indianer einen ganzen Tag lang, bis sich letztere zurückzogen. Die Weißen hatten keinen Todten, aber eine große Zahl Verwundete. Die Hudsonsbay-Kompagnie ist um Hilfe ersucht worden, und der Gouverneur hat Truppen in das bedrohte Gebiet entsendet. Auch hat Präsident Polk dem Kongreß empfohlen, den Weißen in Oregon zu Hilfe zu kommen. Aus Yukatan erfährt man, daß die Indianer neuerdings, unter Friedensversicherungen in die Stadt Marial einbrangen, Mittags aber über die Weißen herfielen, 200 männliche Personen tödteten und sodann die Frauen schändeten. (Man fühlt sich versucht, zu fragen, warum die sonst so interventionsflüchtigen Mächte hier nicht einschreiten, wo es gilt, eine weiße Bevölkerung von der Ausrottung durch friedensbrüchtige Barbaren zu retten. Aber man intervenirt auch in der Regel nicht, um Andere zu schützen, sondern um aus Verlegenheiten Anderer für sich Nutzen zu ziehen. Endlich hat das selbstsüchtige Nordamerika erklärt, daß es eine Intervention Europäischer Mächte in Yukatan nicht dulden werde, d. h. es hat die Yukatekos der Vernichtung preisgegeben. Ein von den Times angeführtes Gerücht, daß sich Yukatan England in die Arme werfen wolle, wenn ihm dies in seiner Noth beistehe, und daß England hierauf eingegangen sei, muß wohl noch bezweifelt werden, da England gerade jetzt am wenigsten geneigt sein möchte, einen Konflikt mit den Ver. Staaten hervorzurufen.) In einem Theile von Texas, in mehreren nördl. Bezirken Mexiko's erheben sich die Indianer ebenfalls. Inzwischen nahm auf Hayti die Revolution gegen den Präsidenten Soloque, der neulich 80 Mulatten mit kaltem Blut erschießen ließ, wie überhaupt der Kampf der Schwarzen gegen die Mulatten einen hitzigen Charakter an. Aus Südamerika erfährt man, daß Monagas an der Spitze von 5000 Bewaffneten gegen Marakabo losrückte, nachdem er den General Pricey über die Grenze von Neugranada zurückgedrängt. Ferner entnehmen wir dem Quebec Chronicle eine Notiz, wonach die Anhänger Papineaus ganz offen eingestehen: wenn sie die Bevölkerung für eine Trennung Unterkanada's von Oberkanada zu gewinnen suchten, so wäre der Anschluß Unterkanada's an die Ver. Staaten ihr eigentlicher und einziger Zweck.

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich.]

Herr von Hassenkrug wird ersucht, wenn er nach einigen Jahren seinen Wechselprozeß gewinnen sollte, das Gericht in Consequenz seines Antrages in der Volksversammlung zu bitten, zur Erleichterung seines Schuldners die Exekution erst nach 20 Jahren zu vollstrecken.

Ein Zuruf aus Westpreussen an einen sehr geringen Theil der Einwohner Berlins.

Jung ist zwar noch der Held der Sehr überspannten!
Damit aber dennoch ersterb' bald der Wahn der Genannten,
Schlürft nicht vom Korn-Extract, aber bis Julius Vernunft
viel per Löffel, —

Sonst geht es im Junius noch manchem wie Schlüssel!!

Die vielseitigen Beweise der freundlichsten Theilnahme, welche die Bewohner von Posen mir aus Veranlassung meiner bevorstehenden Abreise von hier am gestrigen Abend in so reichlichem Maaße gegeben haben, haben mich wahrhaft gerührt, so daß ich zu ergriffen war, um meinen Dank auszusprechen wie ich ihn fühlte. Ich kann demnach nicht unterlassen, denselben noch öffentlich darzubringen. Diese Beweise von Theilnahme nehme ich als ein ehrendes Zeugniß mit, daß ich mit redlichem Willen gestrebt habe, meinem Könige und Vaterlande nützliche Dienste zu leisten. Eine lebhaftere Erinnerung an die Bewohner Posens und eine rege Theilnahme an ihrem Wohlergehen werde ich für immer bewahren und somit rufe ich ihnen ein herzlichliches Lebewohl zu. Posen, den 24. Juni 1848.
v. Colomb, General-Lieutenant.

Sommertheater im Oberrn.

Dienstag den 27. Juni: Die Heirath par force, oder: Liebe kann Alles; Lustspiel in 4 Akten von C. Holbein. — Hierauf: Wer ist mit; Pausdeville in 1 Akt von W. Friedrich. — Herr Döblin, vom Stadttheater zu Königsberg: im 1sten Stück, "Eriepin", im 2ten Stück "Apel", als erste Gastrolle.

Die Verlobung unserer jüngsten Tochter Ernestine mit dem Herrn David Littmann aus Kosken, beehren wir uns Freunden und Verwandten, hat jeder besondern Meldung, hiermit anzuzeigen. Lissa, im Juni 1848.

Jacob Löwenthal und Frau.

Als Verlobte empfehlen sich Ernestine Löwenthal. D. Littmann.

Wohlthätigkeit.

Für die Nothleidenden in den Kreisen Rybnik und Pleß sind noch nachträglich durch Herrn Prediger Fehner zu Vietrowo 3 Rthlr. 15 Sgr. eingegangen, welche wir heut dem betreffenden Comité in Breslau zur weitem Beförderung übersandt haben. Posen, den 26. Juni 1848.

Die Zeitungs-Expedition von W. Decker & Comp.

Bekanntmachung.

Die Betheiligung bei der durch die Allerhöchste Kabinets-Ordre vom 25. April c. genehmigten freiwilligen Staats-Anleihe ist für unsern Verwaltungsbezirk bisher noch nicht in einem den Erwartungen entsprechenden Umfange hervorgetreten, denn es sind bis jetzt

- a) an baar eingegangenen Geldsummen nur angekommen 7390 Rthlr. (darunter von Staatsbeamten 5070 Rthlr.),
- b) an Gold- oder Silbersachen 16 Posten (darunter 13 von Staatsbeamten.)

Die Ursache dieser spärlichen Betheiligung scheint zum Theil darin zu liegen, daß die Bedeutung der freiwilligen Anleihe noch nicht überall anerkannt worden ist. Wir finden uns daher veranlaßt, die Bewohner unsers Verwaltungs-Bezirks auf die Amtsblatts-Bekanntmachungen vom 3. und 23. Mai c. und 1. d. Mts., Amtsblatt Seite 143—146, zweites Extrablatt zu No. 21 und Seite 191, wiederholt aufmerksam zu machen und die eifrige Förderung dieser Angelegenheit nicht allein sämmtlichen Kreis- und Lokalbehörden, sondern überhaupt allen, denen das Wohl des Vaterlandes am Herzen liegt, dringend zu empfehlen.

Posen, den 18. Juni 1848.

Königliche Regierung. Kries.

Wagen- und Geschirr-Auktion.

Mittwoch den 28sten Juni Vormittags 10 Uhr sollen in der Gerberstraße No. 47. zwei gut erhaltene zweifelhige Kutschwagen mit Vorder- und Hinterdeck auf eisernen Achsen, eine verdeckte Britische auf Druckfedern mit Vorder- und Hinteritz nebst Schürzen, 1 Holzwagen, 4 Kummte u. 4 Sielengeschirre gegen baare Zahlung in Fr. Courant versteigert werden.

A n s c h ü ß.

Auktion.

Dienstag den 4ten Juli d. J. sollen auf dem Dominalhofe zu Dwinsk

- 1) 1348 Stück Schöpfe,
- 2) 900,000 Stück Ziegeln,
- 3) circa 100 Centner Schaaßwolle,

öffentlich an den Meistbietenden verkauft werden.

Posen, den 20. Juni 1848.

Im Auftrage des Königl. Ober-Landesgerichts. K e i g e l.

Am Tage Petri-Pauli, Donnerstag den 29sten d. M. Nachmittags um 2 Uhr, sollen in der evangelischen Kreuzkirche vier Kirchen-Vorsteher gewählt

werden, wozu die geehrten Gemeinde-Mitglieder dieser Kirche hierdurch eingeladen werden.

Posen, den 26. Juni 1848.

Der Vorstand der evangelischen Kreuz-Kirche.

Lotterie.

Es sind noch immer nicht alle Gewinne der IV. Klasse 97ster Lotterie erhoben. Ich fordere daher die Spieler nochmals auf, ihre Gewinne in Empfang zu nehmen.

Gleichzeitig bemerke ich, daß Loose zur I. Klasse 98ster Lotterie zu haben sind. Bielefeld.

Deutsche Hagel-Versicherungs-Gesellschaft für Gärtnereien zu Berlin.

Diese im Jahre 1847 ins Leben getretene, auf Gegenseitigkeit begründete Gesellschaft, deren Verwaltung von einem aus der Mitte der Theilnehmer gewählten Vorstand kontrollirt wird, hat nach ihrem Rechnungsabluß pro 1847 bei einer Versicherungs-Summe von 504,970 Rthlr. einen Ueberschuß von 2335 Rthlr. 29 Sgr. 7 Pf. gewährt, wovon nach §. 29. des Statuts $\frac{1}{4}$ als Reservefonds angelegt, $\frac{3}{4}$ aber an die auf fünf Jahre beigetretenen Mitglieder vertheilt sind.

Die Gesellschaft giebt Versicherungen im Betrage von Hundert Thaler an auf folgende Gegenstände:

- 1) Für Fensterscheiben:
 - a) in Wohn-, Gewächs- und anderen Häusern, wo die Fenster senkrecht stehen à . . . 1 $\frac{0}{10}$,
 - b) in Mistbeeten, Gewächs- und anderen Häusern, wo die Fenster eine schiefere Lage haben à . . . 1 $\frac{1}{2}$ $\frac{0}{10}$.
- 2) Für Gewächse:
 - c) unter Fensterscheiben, in Mistbeeten oder Gewächshäusern à . . . 1 $\frac{1}{4}$ $\frac{0}{10}$,
 - d) für solche, die im Freien in Gefäßen aufgestellt sind à . . . 1 $\frac{1}{4}$ $\frac{0}{10}$,
 - e) für alle anderen Gewächse im Freien à . . . 1 $\frac{3}{4}$ $\frac{0}{10}$,
 - f) für Wein- und Obstbäumen à . . . 2 $\frac{0}{10}$.

Für diejenigen, welche der Gesellschaft beitreten wollen, sind Rechnungsablässe pro 1847, Statuten, Versicherungsverzeichnisse und Reverse bei dem unterzeichneten General-Deputirten, welcher die Policen, Namens der Gesellschaft, sofort ausfertigt, unentgeltlich zu haben. Eben so wollen diejenigen, welche geneigt sind, Special-Agenturen in den Kreis- und andern Städten der Provinz als Bezirks-Deputirte zu übernehmen, sich dieserhalb in frankirten Briefen an denselben wenden.

Posen, den 1. Juni 1848.

Ignaz Pulvermacher, General-Deputirter für das Großherzogthum Posen, Breitenstraße No. 8.

Wohnungen zu vermieten.

Eine Wohnung im ersten Stock, bestehend aus fünf Zimmern, drei Kabinets, einer englischen Küche nebst Zubehör; alle Zimmer neu gemalt und im besten Zustande, sind sogleich oder auch vom 1sten Juli zu vermieten. C. B l a u, Breslauerstraße No. 4.

Die Verlegung meines Waaren-Lagers nach dem ersten Stock desselben Hauses zeige ich hiermit ergebenst an.

Herz Königsberger,

Markt 91.

Allen Herrschaften empfiehlt sich zur Nachweisung verschiedener Dienstboten mit guten Zeugnissen das Miethsbureau von D. Kareski, Markt No. 82. im Kaufmann Binderischen Hause.

Für Militair-Behörden.

Zur Anfertigung verschiedener Gegenstände, als: Kandaren, Sporen, Steigbügel, Trensen, Tornister-Nadeln und Haken etc.

empfehl ich der Unterzeichnete. Ferd. Kadelbach, Büttelstr. No. 15.

Dem hochgeehrten Publikum wird hiermit die Anzeige gemacht, daß die Wasser-Heil-Anstalt in Dembno für Kranke wiederum eröffnet worden ist. Dembno bei Neustadt a. d. W., den 18. Juni 1848. Die Administration der Anstalt. M e i ß n e r.

Beachtungswerthe Anzeige.

Am Wilhelmsplaz Nr. 15. werden von heute ab, wegen gänzlicher Aufgabe einer Tuch- und Tapissierewaren-Handlung zum Einkaufspreise alle noch darin vorhandenen Waaren, bestehend

in verschiedenen angeschnittenen Tuchen, Cords, Buckskins und Satins, so wie Berliner Sticks, Zephyr- und Castor-Wolle in allen gangbaren Farben, Metall- und Glasperlen, Stickenille, Näh- und Cordonseide, seidenen, halbseidenen, baumwollenen und leinenen Canavas, Stricks, Näh- und Stickenadeln, fertigen Börsen, verschiedenen angefangenen und fertigen Stickereien, so wie eine große Auswahl Stickmuster, billigt verkauft, wozu ergebenst einladet

Eduard Vogt.

Vom 1. Juli d. J. ab wird das Bier in meinem Frauhaus zu 9 Pfennigen und in meinen Schankstätten zu 10 Pfennigen das Quart verkauft.

S t o c k.

Wanzenod,

zur augenblicklichen Ausrottung der Wanzen und ihrer Brut, ein in vielen öffentlichen Anstalten und Kasernen als untrüglich bekanntes Mittel, das Glas $\frac{1}{2}$ Rthlr.,

bei T. Obrebowicz & Comp., Markt No. 85.

Frischen Porter und Holl. Seringe empfiehlt T. Obrebowicz & Comp., Markt No. 85.

Vorzüglich schöne neue Matjes-Seringe empfiehlt J. Appel, Wilhelmsstr. Postseite No. 9.

Markt No. 63. 2te Etage sind für einzelne Herren billig zu vermieten: 1 große elegante Vorderstube nebst Entrée, und außerdem 1 kleines zweifelhiges freundliches Zimmer; beide mit oder ohne Möbel.

Es hat sich im Publiko das Gerücht verbreitet, daß nachdem bei mir am 27sten Mai c. wiederholtlich von einem Militair-Commando, aus Manen vom 1ten Regimente und Infanterie vom 14ten Regimente bestehend, Waffen gesucht und ich von dem gedachten Commando auf eine höchst brutale Weise unschuldig gemißhandelt worden bin, nachträglich die Erklärung abgegeben haben soll: daß ich von dem Militair human behandelt worden sei. Dies soll sich auf einen Bericht eines Untergebenen an seinen Vorgesetzten gründen. Ich muß die Angabe als reine Lüge hiermit widersprechen.

Zakorowo bei Samoczyn, den 22. Juni 1848. v. Seredyński, Rittergutspächter.

Getreide-Marktpreise von Posen, Preis

den 26. Juni 1848. (Der Scheffel Preuß.)	von		bis	
	Rthl.	Sgr.	Rthl.	Sgr.
Weizen d. Schf. zu 16 Mz.	1	5	7	12
Roggen dito	—	21	1	25
Gerste	—	22	3	26
Hafer	—	15	7	18
Buchweizen	—	21	1	24
Erbsen	—	—	—	—
Kartoffeln	—	13	4	14
Heu, der Ctr. zu 110 Pfd.	—	27	6	1
Stroh, Schock zu 1200 Pfd.	4	20	—	5
Butter das Faß zu 8 Pfd.	1	15	—	1

Die einzig und allein bis jetzt als bewährt anerkannten

Klahm's Dr. Gräfesche Brustthee-Bonbons,

das Pfund à 10 Sgr.,

sind nur einzig und allein ächt in der Haupt-Niederlage für das Großherzogthum Posen bei

C. Busch in Posen, Friedrichsstraße No. 25.

Ernst C. Klahm, Gesundheits-Bonbon-Fabrikant in Berlin.